

## **Keine Sozialdemokratie ohne Wirtschaftsdemokratie**

### **Zur Geschichte wirtschaftsdemokratischer Konzeptionen**

„Mehr Kapitalismus“ oder „Wirtschaftsdemokratie“ seien die beiden Aufschriften des Wegweisers am Scheidweg der 80er Jahre schrieb der schwedische Politikwissenschaftler Walter Korpi 1983 (3). Wohin der Weg dann ging, wissen wir heute: Die demokratisch-sozialistische Linke sah sich seit spätestens Anfang der 90er Jahre klar in die Defensive gedrängt. Defensive Kämpfe für die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung endeten in den letzten Jahre aber zunehmend mit Erfolgen, so in der Schweiz etwa die Referenden gegen das neue Arbeitsgesetz (1996), das Elektrizitätsmarktgesetz (2002) und die 11. AHV-Revision (2004). Der „Oltener Kreis linker SozialdemokratInnen“, ein Diskussionsforum, das sich innerhalb der SPS 1999 als linkssozialistische Alternative zu „New Labour“ formierte, nahm diese Erfolge (namentlich beim Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz) zum Anlass, die Debatte um die Alternative Wirtschaftsdemokratie innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie wieder neu aufzugleisen. Denn die stärksten defensiven Erfolge der Arbeiterbewegung bleiben von begrenzter Wirkung, wenn es nicht gelingt, den von Korpi prognostizierten Trend zu „mehr Kapitalismus“ zu brechen. Die permanente Auseinandersetzung mit der Geschichte der sozialistischen und wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen ist eine wichtige Voraussetzung für ihre Aktualisierung und Neulancierung.

### **Von der politischen zur sozialen Demokratie**

Den Begriff Wirtschaftsdemokratie oder industrielle Demokratie prägten 1897 Beatrice und Sidney Webb – beide führende Mitglieder der „wirtschaftsdemokratischen Avantgarde, der Fabian Society“ (Vilmar 2002, 41) – in ihrem Buch „Industrial Democracy“. Das der Begriff aber erst nach dem 1. Weltkrieg „eine grössere aktuelle Bedeutung“ gewann, ist „kein Zufall der Ideenentwicklung: die Idee der Wirtschaftsdemokratie kann nur dann in einem Lande lebendig werden, wenn die Arbeiterschaft dieses Landes schon bestimmte Erfahrungen in der *politischen* Demokratie hat“ (Naphtali 1977, 22 ff, Hervorhebung im Original). Die frühere Arbeiterbewegung – und auch Marx und Engels im kommunistischen Manifest – gingen noch davon aus, dass die politische Demokratie unmittelbar zur Herrschaft des Proletariats führt. Erst als die Arbeiterbewegung genügend Erfahrungen mit

der politischen Demokratie gesammelt hatte – und das war abgesehen von den USA, Frankreich und der Schweiz erst nach dem 1. Weltkrieg der Fall – änderte sich diese Einschätzung: Es zeigte sich, dass die Herrschaft der Besitzenden auch in der Demokratie bestehen bleibt.

In der Schweiz, wo das allgemeine Männerwahlrecht schon länger bestand, thematisierte SPS-Gründer Albert Steck die Problematik schon früher: „Wir wollen die Sozialdemokratie und diese ist nichts anderes als die soziale Demokratie, welche (...) auch die *politische* Demokratie in sich schliesst und zum wesentlichen Bestandtheile hat. Die soziale Demokratie ist die vollständige Volksherrschaft“, die „nur erreicht werden (kann) durch die Herrschaft des Volkes auch über die Produktionsmittel seines Landes“ (Steck 1890).

### **Die Sozialisierungsdebatte nach dem 1. Weltkrieg**

Ihre erste Blütezeit erlebte die Diskussion um die Wirtschaftsdemokratie in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg und der russischen, deutschen und österreichischen Revolution. Die Frage, ob kriegswirtschaftliche Institutionen auch für friedliche Zwecke weiterverwendet werden könnten, statt zur „freien Wirtschaft“ zurückzukehren und vor allem der Druck der revolutionären Rätebewegung bildeten den unmittelbaren Anlass dazu. In vielen Ländern wurden damals Sozialisierungskommissionen eingesetzt. Das deutsche Betriebsverfassungsgesetz hat in dieser Zeit seine Ursprünge (Bontrup 2004). Grundlegend war in der Sozialisierungsdebatte der Einfluss des englischen „Gildensozialismus“ um G.D.H. Cole und Harold Laski, der den Unterschied einer „Industrial Democracy“ – und damit einer richtigen Sozialisierung – zur reinen Verstaatlichung (Führung der Wirtschaft durch die Staatsbürokratie wie in der SU) und zur Syndikalisierung (Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften) erstmals systematisch herausarbeitete. Die Autoren betonten namentlich die Bedeutung der Konsumentenvertretung. (Hirst 1994, 101-110). Sie übertrugen „die geschichtliche Erfahrung der englischen Demokratie“ und des für sie kennzeichnenden Systems der lokalen Selbstregierung „vom politischen auf das soziale Gebiet“, schrieb der Austromarxist Otto Bauer, der nach der österreichischen Revolution 1918/19 für kurze Zeit als österreichischer Aussen- und Sozialisierungsminister amtierte und dabei dieses Konzept weiterdachte. „Industrial Democracy“ und nicht eine Rätediktatur sei der für den Westen angemessene Weg zum Sozialismus (Bauer 1920:, 328 ff). Bauer und seine Mitarbeiterin Helene Leichter legten ein vom wirtschaftsdemokratischen Standpunkt sehr

überzeugendes Sozialisierungskonzept vor: „Wer soll nun die vergesellschaftete Industrie verwalten? Durchaus nicht die Regierung. Wenn die Regierung alle möglichen Betriebe beherrschte, dann würde sie dem Volk und der Volksvertretung gegenüber allzu mächtig; solche Steigerung der Macht der Regierung wäre der Demokratie gefährlich.“ Gerade deshalb hätten die „Sozialdemokraten nie die Verstaatlichung, immer nur die Vergesellschaftung“ gefordert. Ein wichtige Rolle kam dabei der Zusammensetzung der Organe zu, die der heutige Corporate-Governance-Jargon die „strategische Führung“ nennt: „Auch in Zukunft wird jeder vergesellschaftete Industriezweig von einem Verwaltungsrat geleitet werden; aber dieser Verwaltungsrat wird nicht mehr von den Kapitalisten gewählt werden, sondern von den Vertretern derjenigen Bevölkerungskreise, deren Bedürfnisse der sozialisierte Industriezweig fortan befriedigen soll.“ Verwaltungsräte vergesellschafteter Industrien werde man daher „ungefähr in folgender Weise zusammensetzen: Ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates wird von den Gewerkschaften (...) bestimmt. Ein zweites Drittel (...) bilden die Vertreter der Konsumenten. Das dritte Drittel der Verwaltungsmitglieder endlich bilden die Vertreter des Staates.“ (Bauer 1919, 96 f)

Auch in der Schweiz gab es damals eine – wenn auch sozialliberal abgeschwächte – Sozialisierungsdebatte: der freisinnige Bundesrat Edmund Schulthess prüfte Wirtschaftsräte und eine Gewinnbeteiligung der Lohnabhängigen (Kübler 1998, 83). Während diese Pläne Papier blieben, kam es immerhin zu einer zunehmenden Beteiligung der Gewerkschaften in den vorparlamentarischen Kommissionen.

## **Wirtschaftsdemokratie und Plansozialismus**

In den 30er Jahren waren wirtschaftsdemokratische Vorstellungen eine wichtige Grundlage für die internationale „Plan der Arbeit“-Bewegung, die der offensiv und aktivistisch auftretenden faschistischen Ständestaatspropaganda eine sozialdemokratische Alternative entgegensetzen wollte. Ursprünglich vom Psychologen und revisionistischen Sozialisten Hendrik de Man für die Belgische Arbeiterpartei aus dem WTB-Plan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds weiterentwickelt, wurde der Plansozialismus 1935 auch von der niederländischen und der schweizerischen Sozialdemokratie übernommen. In der SPS diente der für die schweizerischen Verhältnisse zuerst vom VPOD adaptierte „Plan der Arbeit“ als Ergänzung des ganz im Zeichen der Abwehr der faschistischen Bedrohung stehenden Programms von 1935.

Bestechend aktuell am Plangedanken bleibt die Verbindung zwischen Wirtschaftsdemokratie und einer quasi-keynesianischen, die Massenkaukraft aller werktätigen Schichten stärkenden Antikrisenstrategie. Umgesetzt wurde der Plan allerdings in keinem der drei Länder, da sich die dafür notwendigen Bündnispartner nicht gewinnen liessen. Die ernüchternden Erfahrungen mit der Realisierbarkeit des Plangedankens in der Demokratie führte dazu, dass sich der ohnehin antimarxistischen, aktivistischen und technokratisch-elitären Gedankengängen nicht abgeneigte „Plan-Erfinder“ de Man zu einem Bewunderer der angeblich „ordnenden“ und „antikapitalistischen“ Praxis der faschistischen Regimes wurde (Pels 1985, 148 ff; Sternhell 1990, 343). Dies gipfelte 1940 darin, dass er – allerdings ohne grossen Erfolg – versuchte, sich bei der Nazi-Besatzungsmacht anzubiedern. Das Abdriften de Mans war übrigens nicht seinem recht überzeugenden Versuch geschuldet, den damals modischen Begriff „Korporatismus“ für die Linke zu reklamieren (Man 1934). Dort zeigte er vielmehr klar auf, dass der entscheidende Unterschied zwischen dem autoritären Korporatismus der Faschisten und dem demokratischen Korporatismus der Arbeiterbewegung in der Gewerkschaftsfreiheit und der politischen Gleichheit im Staat zu finden sei (ebd., 32ff). De Mans Abdriften nach rechts lag nicht darin, dass er überhaupt für Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft auftrat, sondern dass er diese zunehmend nicht mehr als kompensierende demokratische Gegengewichte zum Staat, sondern wie die Faschisten als Mittel der Deparlamentarisierung betrachtete. Damit wird klar, dass eine wirtschaftsdemokratische Strategie auch die politische Demokratie verteidigen und auf einer historisch-materialistischen und politisch-ökonomischen Analyse der Klassenverhältnisse beruhen muss.

In der „Neuen Schweiz“ griff die SPS den Plangedanken in einer aktualisierten und stärker der Schweiz angepassten Weise 1942 noch einmal auf. Dieses Arbeitsprogramm ist wohl bis heute das wichtigste wirtschaftsdemokratische Konzept der schweizerischen Arbeiterbewegung geblieben. Der Finanzsektor und monopolistische Industriezweige sollten vergesellschaftet werden, die übrigen Wirtschaftszweige in genossenschaftlichen Selbstverwaltungskörpern (Industrieverbände, landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften) organisiert werden. Dabei sollten Arbeiter, Angestellte und Konsumenten in den Leitungsgremien der gemeinwirtschaftlichen Betriebe und der die kapitalistischen Branchenverbände und Kartelle ersetzenden Selbstverwaltungskörperschaften vertreten sein. „Mit der Neuen Schweiz legte die SPS ihr letztes umfassendes Strukturreform-Programm vor.“ Es sollte nach Ansicht von Parteipräsident und VPOD-Zentralsekretär Hans Oprecht – nach de Man der

zweitwichtigste Mann der internationalen Planbewegung, aber im Unterschied zu diesem ein aufrechter Antifaschist – der Partei den „Kampf um die Mehrheit im Volk“ erleichtern, um sie „im Rahmen einer neuen Volksmehrheit“ an die politische Macht zu bringen“ (Degen 1993, 50).

## **Der Kalte Krieg – Wirtschaftsdemokratie als „Dritter Weg“**

In der Nachkriegszeit wurde auf gesamtwirtschaftlicher und Branchenebene die Macht der Gewerkschaften gestärkt. Weitergehende wirtschaftsdemokratische Projekte wie die „Neue Schweiz“ gerieten in den 1950er Jahren in einem von den ideologischen Frontstellungen des Kalten Kriegs und der Hochkonjunktur geprägten politischen Klima bald in Vergessenheit. Die Erwartung, dass der Wiederaufbau der Nachkriegsjahre von den interventionistischen Konzepten der Linken geprägt sein würde, wurde im nun anbrechenden „Goldenen Zeitalter“ (Hobsbawm 1994) des Kapitalismus zunehmend durch pro-marktwirtschaftliche Ansichten verdrängt (Sassoon 1996, 190). In Deutschland wurde 1951 zwar nach Streikdrohungen des DGB das Montanmitbestimmungsgesetz verabschiedet und damit die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Kohle- und Stahlindustrie durchgesetzt. Doch das neue Betriebsverfassungsgesetz von 1952 für die anderen Wirtschaftszweige sah keine betriebliche Mitbestimmung vor und wurde deshalb im Bundestag von SPD und KPD bekämpft (Bontrup 2004)

Neben dieser ungünstigen politischen Grosswetterlage trug auch die Tatsache, dass die wirtschaftsdemokratischen Konzepte der Zwischenkriegszeit zum Teil auf unzureichenden Analysen beruht hatten, dazu bei, dass sie nach dem 2. Weltkrieg über Bord geworfen wurden: Rudolf Hilferdings Theorem vom „organisierten Kapitalismus“, auf dem Fritz Naphtalis Werk „Wirtschaftsdemokratie“ aufbaute, hatte sich in seiner späteren Fassung der Bernsteinschen' Annahme genähert, durch Kartelle und Trusts würde auch die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus abnehmen. Die Branchenkörperschaften der Wirtschaftsdemokratie hatte man sich im Wesentlichen als demokratisierte Kartelle, die vergesellschafteten Betriebe als demokratisierte Trusts vorgestellt. Doch die Weltwirtschaftskrise und der Umstand, dass der „organisierte Kapitalismus nicht die Wirtschaftsdemokratie, sondern den Faschismus“ (Höppner 2005) hervorbrachte, erschütterte diese klassisch-reformistischen Ansichten nachhaltig. In der deutschen Sozialdemokratie kam es deshalb nach dem 2. Weltkrieg zu einem folgenschweren Umdenken. SPD und DGB setzten zunehmend stärker auf eine liberale

Wettbewerbspolitik und weniger auf wirtschaftsdemokratische Kontrolle monopolistischer Gebilde (ebd.). Politisches Ziel der SPD wurde spätestens mit dem Godesberger Programm von 1959 ein „mitbestimmter (Finanz-)Marktkapitalismus (Höppner, 2005). Damit wurde aber auch eine eigenständige Politik zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht abgelöst durch den Anschluss an die Erhardsche Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“, die oft von der SPD konsequenter vertreten wurde, als von der CDU (ebd.). In der deutschen Gewerkschaftslinken um den Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, wurden hingegen die wirtschaftsdemokratischen Konzepte durchaus noch theoretisch weiterentwickelt (Vilmar 2002, 40 ff).

Für linke Sozialdemokraten und Reformkommunisten galt in dieser Zeit die Wirtschaftsdemokratie vor allem als Grundlage für einen „Dritten Weg“ zwischen Sowjetsystem und Monopolkapitalismus.

Auffällig ist, dass die Wirtschaftsdemokratiediskussion nach dem 2. Weltkrieg sich weitgehend darauf beschränkte, mehr Mitbestimmung der Lohnabhängigen und eine stärkere öffentliche Kontrolle zu fordern. Die nach dem 1. Weltkrieg und auch im Plansozialismus der 30er und 40er Jahre noch stark präsente Vorstellung der Mitbestimmung der Konsumierenden dagegen verschwand weitgehend. Möglicherweise hängt das damit zusammen, dass am Ende des 1. Weltkriegs eine kämpferische, vor allem von Frauen geführte und getragene Konsumentinnenbewegung bestanden hatte (Pfeiffer 1993), die es so später nicht mehr gab. Als die Umwelt- und Entwicklungsbewegungen in den 70er Jahren begannen, die Zustimmung der Konsumenten für ihre Ziele zu gewinnen, wurde der Brückenschlag zu den Interessen der Lohnabhängigen vorerst kaum gefunden. Heute wären die Bedingungen für eine koordinierte Mobilisierung der Interessen von Lohnabhängigen und KonsumentInnen wohl wieder günstiger.

### **Die Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsdebatte der 70er Jahre**

Zu einer Neubelebung der Wirtschaftsdemokratie-Debatte kam es ab Ende der 60er Jahre, als angeregt durch die Forderungen oppositioneller Linkskräfte in den „realsozialistischen“ Staaten (namentlich die Konzeption des Wirtschaftsministers des Prager Frühlings Ota Šik) die Wirtschaftsdemokratie zeitweise intensiv diskutiert wurde. Willy Brandt gewann 1969 in Deutschland die Wahlen mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“, eine auf halbem Weg stehen gebliebene Umsetzung dieser Parole war die

Revision des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 und das 1976 eingeführte Mitbestimmungsgesetz, das eine – allerdings stark eingeschränkte – paritätischen Mitbestimmung in den Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten brachte (Bontrup 2004).

In Schweden wollten die Gewerkschaften mit den „Lohnempfänger-Fonds“ langsam, aber sicher die Produktionsmittel syndikalisieren. Die französische Linksunion stellte in ihrem gemeinsamen Programm Forderungen für weitgehende Selbstverwaltungsrechte und Verstaatlichungen auf (Sassoon 1997, 538 ff.). Dieses Programm wurde nach dem linken Wahlsieg 1981 zunächst auch teilweise umgesetzt (ebd., 551 f, 563 f). Die Rechtswende der französischen sozialistischen Regierung 1983 brachte dann die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie europaweit weitgehend zum verstummen.

In der Schweiz reichten 1971 der SGB, der Christlich-Nationale Gewerkschaftsbund (CNG) und der Verband Evangelischer Arbeitnehmer (SVEA) erstmals gemeinsam eine Volksinitiative für Mitbestimmung ein, die in der Volksabstimmung vom 21. März 1976 aber mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt wurde. Die aus der französischen Debatte übernommene Forderung nach Selbstverwaltung spielte eine zentrale, aber sehr umstrittene Rolle in der Programmrevision der SPS 1976-1982. Selbstverwaltung wurde als Konkretisierung des demokratischen Sozialismus verstanden: „Selbstverwaltung ist *die* Form des Sozialismus' in unserer Gesellschaft und in unserer Epoche“. Die Selbstverwaltungsdiskussion war in der Schweiz stärker von den genossenschaftlichen Experimenten im Umfeld der Alternativbewegung, als von den gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung und Investitionslenkung geprägt.

## **Investitionsfonds und Wirtschaftsdemokratie**

Einige heutige Autoren sprechen davon, dass die „sozialistische Produktionsweise (...) eine Ökonomie der Investitionsfonds sein“ wird (Kremer 1998, ähnlich auch Krätke 1997, Aglietta/Rébérioux 2005 und Sjöberg 2004). Öfters ist in diesem Zusammenhang auch von der theoretischen Kapitalmacht der Lohnabhängigen über die Pensionskassen und ihre paritätischen Stiftungsräte die Rede (Spieler 2005).

Die Erfahrungen mit dem wohl bis jetzt ambitioniertesten Plan einer Demokratisierung der Wirtschaft über Investitionsfonds sind aufschlussreich:

1971 beschloss der schwedische Gewerkschaftsbund LO, ein Programm für Mitbestimmung und industrielle Demokratie. Beidem hatte die schwedische

Arbeiterbewegung vorher skeptisch gegenübergestanden, beruhte doch der schwedische Form des Klassenkompromisses ähnlich wie in der Schweiz, darauf, dass die Gewerkschaften die alleinige Betriebsführung durch die Unternehmer („management prerogative“) nicht mehr in Frage stellten und im Gegenzug dafür als legitime Vertretung der Belegschaften anerkannt wurden. Kernstück des schwedischen Klassenkompromisses war die solidarische Lohnpolitik, die aber zunehmend paradoxe Ergebnisse zeitigte: Weil sie die Löhne der Arbeiter in den produktivsten Branchen begrenzte, entstanden sehr hohe Profite. Der Unmut über diese Situation kam in einer Welle von zum Teil „wilden“ Streiks 1969-1971 zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang steht auch die Neubelebung der Forderungen nach industrieller Demokratie durch die Gewerkschaftsspitzen (Sassoon 1997, 375). Die Lohnzurückhaltung der Arbeiter in den profitabelsten Betrieben, die diese zunehmend kritisierten, sollte mit mehr Einfluss in den Grossunternehmen entschädigt, statt durch Arbeitslosigkeit erzwungen, die Notwendigkeit hoher Profite im Kapitalismus damit sozialverträglich gestaltet werden (Sassoon 1997, 706 ff). Kernstück des wirtschaftsdemokratischen Programms der LO war der von Rudolph Meidner, dem altgedienten Vordenker der schwedischen Arbeiterbewegung, ausgearbeitete Plan zur Investitionspolitik: Über „Lohnverdiener-Fonds“ (schwed.: „löntagarfonder“) sollte der Privatsektor unter eine stärkere Kontrolle durch die Arbeiter und ihre Gewerkschaften gestellt werden. War dieser Plan als Ergänzung der solidarischen Lohnpolitik noch ganz von der reformistischen Logik des „langfristigen und langatmigen Fortschreitens“ der schwedischen Arbeiterbewegung geprägt, bedeutete es doch „einen Schritt in eine qualitativ andere Richtung, indem der Plan das wesentliche ‚heilige Herzstück‘ der kapitalistischen Produktionsweise ins Visier nahm und bedrohte (Sjöberg 2004, 31).“ Darin unterschied sich das Projekt radikal von anderen Kapitalbeteiligungsmodellen: Es zielte langfristig darauf ab, nicht nur einen Teil der Profite, sondern die Kontrolle über die Produktionsmittel den Werktätigen zu übergeben. Nicht die individuellen Arbeiter, sondern der Fonds sollte an den Profiten beteiligt werden. Es war geplant 20 % der Jahresprofite der Betriebe mit über 50 Angehörigen dem Fonds zu übergeben, womit nach Meidners Berechnungen die Fonds in ca. 20-40 Jahren die Kapitalmehrheit in den Unternehmen erreicht hätten. 1976 wurde eine entsprechende Gesetzesinitiative vom Parlament angenommen, im gleichen Jahr verlor die schwedische Sozialdemokratie aber erstmals seit den 30er Jahren die Wahlen. (Sassoon 1997, 709; Sjöberg 2004, 36). Die Offensive der schwedischen Arbeiterbewegung hatte schnell in eine Defensive umgeschlagen: Die Idee der Lohnverdiener-Fonds entstand in einer Phase der Radikalisierung der schwedischen Gewerkschaften (1971-1976). Die öffentliche und parlamentarische

Diskussion um die Fonds (1976-83) und ihr Bestehen in einer stark verwässerten Form als eine Art Pensionsfonds (1983-91) fielen dagegen in Phasen als sich die Arbeiterbewegung schon wieder auf dem Rückzug befand. Es gelang dem Bürgerblock die Auseinandersetzung um die Fonds zu nutzen um die „die Arbeiterbewegung Stück um Stück in die Defensive“, seine „hegemoniale Macht“ wiederzuerlangen und damit auch das ganze „sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell, das so genannte ‚Volksheim‘ (‚Folkshemmet‘) in Frage“ zu stellen (Sjöberg 2004, 31). Kurz: Weil es nicht gelang, den schwedischen Sozialstaat, zur sozialen Demokratie auszubauen, blieben Bedingungen bestehen, die es ermöglichten, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung wieder rückgängig zu machen.

Neben der wachsenden Schwierigkeiten, Investitionen unter Bedingungen zunehmender Internationalisierung der Finanzmärkte national zu kontrollieren (Sassoon, 713) war eine entscheidende Schwäche der Lohnempfängerfonds von Anfang ihr syndikalistischer Ansatz. Grosse Teile der Bevölkerung waren von der Teilhabe an den Lohnempfängerfonds ausgeschlossen, was sie der bürgerlichen Gegenpropaganda zugänglich machte. Vorschläge von Walter Korpi, auch Allgemeininteressen bei der Verwaltung der Fonds zu berücksichtigen wurden nicht umgesetzt (Sassoon 1997, 712). Deshalb plädiert Sjöberg (2004, 35) dafür, zukünftig in sogenannten „Gesellschaftsfonds“ die „Genialität der von (...) Meidner präsentierten Konstruktion“, die darin bestand, durch ein „*Profit-Sharing*-Modell, die Eigentums- und Machtstrukturen im Betrieb“ zu verschieben, ohne dabei die Liquidität dieser Unternehmen zu beeinflussen“, mit einer Fondsverwaltung zu kombinieren, die „ein Gleichgewicht zwischen Lohnarbeitern und der Zivilgesellschaft“ zwischen „den Interessen der Produzenten und der Konsumenten“ schafft. Auch „gewerkschaftliche Rentenfonds“ könnten hier eine Rolle spielen, vorausgesetzt, „dass die Arbeiterbewegung als ein (sic) geeinigte hegemoniale Kraft agiert.“ Vorstellbar wäre auch, „regionale und nationale Fonds“ zu einem internationalen System zusammenzufassen. Sjöberg (2004, 36) räumt ein, dass „eine derartige internationale Fonds-Strategie in Richtung einer Wirtschaftsdemokratie bis heute noch in keiner ausgereiften Form ausgearbeitet“ worden sei und „deshalb der kontinuierlichen Diskussion und theoretischen Entfaltung“ bedürfe.

Könnte ein solches internationales Fondssystem eine den Herausforderungen der Globalisierung gewachsene Form eines „*Gemeinwesen(s) der Wirtschaft*“ (Hervorhebung im Original) sein, das Naphtali (1977, 162), für eine notwendige Voraussetzung der Wirtschaftsdemokratie hielt?

## **Aktuelle Anknüpfungspunkte**

Seit 1989 scheint in den Mainstream-Medien jede Diskussion über Eigentum, Kontrolle der Wirtschaftsmacht und damit auch über Wirtschaftsdemokratie tabuisiert zu sein. Dennoch gab es auf wissenschaftlicher Ebene Studien, die breiter zu diskutieren wären: Zu nennen wäre etwa das Konzept einer „Associative Democracy“, die als „real third way“, Elemente des Gildensozialismus wieder aktualisieren will und die Frage einer Demokratie jenseits des Staates stellt (Hirst 1994) oder der in der Bewegung für eine andere Globalisierung und namentlich an den Weltsozialforen diskutierte Entwurf einer „Participatory Economy“ (Parecon) (Albert 2005).

Auf der praktischen Ebene wird gerade in der Schweiz klar, dass in zunächst rein defensiv anmutenden Abwehrkämpfen gegen Betriebsschliessungen und Produktionsverlagerungen (z.B. AdTranz, Sapal, Swissair, Zyliss, Swissmetal, Alcan), zunehmend Investitionsentscheidungen und die Unternehmensführung in den Mittelpunkt der Kritik rücken. Im Rahmen von Sozialplanverhandlungen, müssen bereits heute Lohnabhängige und Gewerkschaften vermehrt Verantwortung in der strategischen Unternehmensführung übernehmen, um den Abbauplänen der neuen, wesentlich an den Aktionärsinteressen ausgerichteten Manager (Aglietta/Réberieux 2004), Perspektiven für die Weiterführung von oft sehr produktiven Betrieben entgegenzusetzen.

## **Wirtschaftsdemokratie in der gegenwärtigen Diskussion**

In der SP Schweiz sind zur Zeit zwei – in der öffentlichen Wahrnehmung oft vermischte - grundlegende Diskussionsprozesse, um ein neues Wirtschaftskonzept und eine neues Grundsatzprogramm statt. Welche Rolle spielt der Demokratisierung der Wirtschaft in diesen Debatten?

- Das neue Wirtschaftskonzept soll das heute gültige Papier aus dem Jahre 1994 ablösen. Beim Wirtschaftskonzept handelt es sich um ein Programm mittlerer Reichweite. Hauptaufgabe des Wirtschaftskonzepts ist es, eine Politik der Vollbeschäftigung und der Massenkaufräftförderung zu propagieren und den neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungszug zu stoppen. Priorität der Parteilinken wird es sein, diese linkskeynesianische Orientierung gegen die sozialliberalen „Modernisten“ zu verteidigen. Explizit thematisiert werden muss die Wirtschaftsdemokratie vor allem in den Passagen des Wirtschaftskonzepts, die sich mit der Corporate-Governance-Diskussion befassen. Die breite emotionale Empörung über die „Abzockermentalität“ darf keinesfalls mit Forderungen nach mehr Aktionärs Einfluss abgespeist werden. Vielmehr müssten die Rechte der

Werktätigen, Konsumierenden und der Öffentlichkeit in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung über die Unternehmensführung gerückt werden. Ein verstärkter Kündigungsschutz für Angehörige von betriebsinternen Personalvertretungen und gewerkschaftliche Vertrauensleute, der Ausbau des Mitwirkungsgesetzes zu einem schweizerischen Betriebsverfassungsgesetz, die Demokratisierung der strategischen Unternehmensführung durch den Einsitz von Vertrauensleuten der Arbeitenden, der Öffentlichkeit und die Einführung von demokratisch verwalteten Investitionsfonds sind wirtschaftsdemokratische Elemente, die durchaus im Wirtschaftskonzept Platz haben müssten.

- Die Neuverankerung der Wirtschaftsdemokratie als Kern einer modernen sozialdemokratischen Strategie wird vor allem die Ausrichtung des neuen Parteiprogramms (Grundsatzprogramm) entscheiden. Das geltende Parteiprogramm aus dem Jahre 1982 soll bis 2009 ersetzt werden. Für die Erarbeitung des „visionären Teils“ des neuen Programms hat die Parteileitung eine Subkommission unter Leitung von Willy Spieler eingesetzt hat, die den Auftrag erhalten hat, die „Überwindung des Kapitalismus“, wie sie das 1982 Programm postuliert, inhaltlich zu konkretisieren.

Die Geschichte wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen ist für eine Aktualisierung der Wirtschaftsdemokratie wichtig. Die Neuentdeckung verschütteter Alternativen kann Anregungen für zukünftige Neuanläufe liefern, die genaue Analyse des Scheiterns aller bisherigen Versuche Realisierungschancen verbessern. Pfannenfertige Rezepte können aber sicher nicht geliefert werden. Dennoch sollen hier abschliessend einige vorläufige Resultate auf den Punkt gebracht werden:

- Eine Neuauflage der Wirtschaftsdemokratie wird stärker als die bisherigen Ansätze mit den aktuellen Kämpfen der Arbeiterbewegung verknüpft sein müssen.
- Sie wird die Abgrenzung der Sozialisierung von den verkürzten Ansätzen der Syndikalisierung und Verstaatlichung und damit das Modell einer ausgeglichenen Repräsentation der Werktätigen, des Konsumierenden und der Allgemeinheit aus den Diskussionen nach dem 1. Weltkrieg übernehmen.
- Sie wird die Verknüpfung der Demokratisierung der Investitionsentscheidungen mit einem Investitionsprogramm zur Krisenüberwindung aus der Plandiskussion der 1930er und 1940er Jahre aufnehmen.
- Sie wird aus der Selbstverwaltungs- und Humanisierungsdiskussion der 1970er Jahre die gegenüber den früheren Ansätzen stärkere Betonung der individuellen Perspektive integrieren können.

- Sie wird den Handlungsspielraum in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus mit ihrer verstärkten Internationalisierung und der gewachsenen Bedeutung des Finanzsektors genau ausloten müssen.

## Literatur

- Aglietta, Michel, Rebérioux, Antoine, 2005: Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie. Supplement der Zeitschrift Sozialismus Heft 3
- Albert, Michael, 2005: Parecon. Leben nach dem Kapitalismus. Participatory economy. Frankfurt/M.
- Bauer, Otto, 1919: Der Weg zum Sozialismus. In: Otto-Bauer-Werkausgabe Bd. 2, Wien 1976
- Bauer, Otto, 1920: Bolschewismus oder Sozialdemokratie? In: Otto-Bauer-Werkausgabe Bd. 2, Wien 1976
- Bontrup, Heinz-J., 2005: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. Köln
- Brodbeck, Beat, Zimmermann, Adrian 1998: „Im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ oder „Gefühl der Ohnmacht, der Überforderung und Enttäuschung. Situationsdeutungen, Strategien und Zukunftsperspektiven in den Programmrevisionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz von 1959 und 1982 (unveröffentlichte Seminararbeit, Univ. Bern)
- Degen, Bernard, 1993: Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Regierungspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokratie. Zürich
- Eberle, Willi, Schäppi, Hans, 2005: Modernisierungspartei oder emanzipatorisches Projekt? Zur aktuellen Debatte über das Wirtschaftsprogramm der SP Schweiz. In: Widerspruch Heft 48. Zürich
- Fluder, Robert, Ruf Heinz, Schöni, Walter, Wicki, Martin, 1991: Gewerkschaften und Angestelltenverbände in der schweizerischen Privatwirtschaft. Entstehung, Mitgliedschaft, Organisation und Politik seit 1940. Zürich 1991.
- Hirst, Paul, 1994: Associative Democracy. New Forms of Economic and Social Governance. Cambridge
- Höppner, Martin, 2005: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus.

1880-2002, KZfSS. Sonderheft 45

Korpi, Walter, 1983: The Democratic Class Struggle. London

Krätke, Michael R., (2003): Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus, in: Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie (Kritische Interventionen 8). Hannover

Krätke, Michael R., 1997: Proletarier aller Länder versichert euch! Über die Sozialisierung des Sozialstaats. In: Widerspruch Heft 34. Zürich

Krätke, Michael R., 2002: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte. In: Widerspruch Heft 43. Zürich

Kremer, Uwe, 1998: Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie. In: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 100

Kübler, Markus, 1998: Die Integration des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in das Politische System der Schweiz in den Jahren 1908 bis 1939. (Diss. Universität Bern)

Künzli, Arnold, 2001: Keine Zukunft ohne politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie. In: Widerspruch Heft 40. Zürich

Man, Hendrik de, 1934: Corporatisme et socialisme. Paris/Bruxelles

Marbach, Fritz, 1964: Die Wirtschaftskonzentration. Eine Auseinandersetzung mit der Antikonzentration-Ideologie, speziell Hans Otto Lenels. Düsseldorf

Naphtali, Fritz, 1977: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel (Hrsg. und eingeleitet von Rudolf F. Kuda). Köln u. Frankfurt/M

Pels, Dick, 1985: Hendrik de Man en de ideologie van het planisme. In: John Janssen van Gallen, Jan Nekkers, Dick Pels, J.P. Pronk, Het moet, het kan! Op voor het Plan! Vijftig jaar Plan van de Arbeid. Amsterdam

Pfeiffer, Regula, 1993: Frauen und Protest. Marktdemonstrationen in der Deutschschweiz 1916. Zürich

Sassoon, Donald, 1997: One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century. London

Schäppi, Hans, Schöni, Walter, 1992: Wirtschaftsdemokratie und Industriepolitik. Fragen der Demokratie in der Gewerkschaftspolitik. In: Widerspruch Heft 24, Zürich

Šik, Ota, 1990: Humane Wirtschaftsdemokratie – der Dritte Weg. In: Widerspruch Heft 19

Sjöberg, Stefan, 2004: Kollektivfonds als eine Strategie für die Wirtschaftsdemokratie. Lehren aus der Geschichte der schwedischen Arbeitnehmerfonds für die Zukunft. In: Sozialismus Heft 5

Spieler, Willy, 2003: Demokratischer Sozialismus als regulative Idee. In: Ueli Mäder, Hans Saner (Hrsg.), Realismus der Utopie : zur politischen Philosophie von Arnold Künzli.

Zürich

Spieler, Willy, 2005: Wirtschaftsdemokratie heute. Aufruf zur Mitarbeit am ‚visionären Teil‘ des Parteiprogramms. In: links.ch, August 2005

SPS, 1935: Der Plan der Arbeit. In: Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, (Angenommen durch den Parteitag vom 26. und 27. Januar 1935 in Luzern), S. 15-24, abrufbar unter: <http://al.sp-ps.ch/data/DIV/PP-D/Pp1935-d.pdf>

SPS, 1942: Die neue Schweiz. Die Sozialdemokratische Partei an das Schweizervolk!  
Zürich

Steck, Albert, 1890: Die Bedeutung des Wortes „Sozialdemokrat“, Auszug aus: Der Schweizerische Sozialdemokrat, Nr. 30, 26.7.1890. In: Arbeitsgruppe für die Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart. Zürich 1989, S. 117 ff.

Sternhell, Zeev, Sznajder, Mario, Asheri, Maia, 1999: Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Hamburg

Sternhell, Zeev, 2000: Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France, Bruxelles

Vilmar, Fritz, 2002: Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative. Bilanz und Aktualität, in: Widerspruch 43. Zürich